NomosPraxis

Andrae

Internationales Familienrecht

5. Auflage

Nomos

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

NomosPraxis

Prof. Dr. Marianne Andrae
Universität Potsdam

Internationales Familienrecht

5. Auflage

Nomos

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

Zitiervorschlag: *Andrae* IntFamR

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0057-9 (Print)
ISBN 978-3-7489-1466-2 (ePDF)

5. Auflage 2024
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2024. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

Vorbemerkung

Die Vorauflage dieses Buches erfasste im Wesentlichen das internationale Familienrecht zum Zeitpunkt Ende 2018. Seitdem sind neue Regelungen auf EU-Ebene und im deutschem Recht in Kraft getreten. Ersteres betrifft die Brüssel IIb-VO, Letzteres schwerpunktmäßig das deutsche internationale Adoptionsrecht. Erstmals gibt es mit Art. 15 EGBGB eine kollisionsrechtliche Regelung zur gegenseitigen Vertretung von Ehegatten in Fragen der Gesundheitsfürsorge, und in Art. 24 EGBGB ist das deutsche IPR der Vormundschaft, Betreuung und Pflegschaft neu geregelt worden.

Durch Rechtsprechung und Lehre sind einige umstrittene Fragen inzwischen geklärt, zugleich sind neue hinzugekommen. Zu wichtigen Fragen gibt es neue gerichtliche Entscheidungen, die in der einschlägigen Literatur zustimmend, aber auch kritisch kommentiert werden.

Ausgangspunkt der Darstellung sind weiterhin die familienrechtlichen Sachprobleme, wie die Wirksamkeit im Ausland geschlossener Ehen, die Anerkennung einer außergerichtlichen Scheidung, das auf Rechtsgeschäfte zwischen Ehegatten anwendbare Recht, die elterliche Zuordnung eines Kindes und die familienrechtlichen Unterhaltspflichten. Die sich darauf beziehenden internationalverfahrensrechtlichen und kollisionsrechtlichen Probleme werden komplex erörtert. Die gegenwärtige Rechtslage in den einzelnen Teilbereichen wird ausführlich beschrieben, offene Rechtsfragen werden aufgezeigt, manche Lösungen werden kritisch bewertet und auch bisher vertretene eigene Rechtsauffassungen werden hinterfragt. In mancher Hinsicht soll das Buch zur Diskussion beitragen.

Weite Teile des internationalen Familienrechts sind durch **EU-Verordnungen** geregelt.

Die **Unterhaltsverordnung** kann als insgesamt gelungenes Rechtsinstrument bezeichnet werden. Besonders hervorzuheben sind die Verzahnung mit dem Haager Unterhaltsprotokoll und weiterhin, dass der europäische Gesetzgeber die Lösungen im Haager Unterhaltsübereinkommen 2007 zur internationalen Zusammenarbeit und zur Anerkennungszuständigkeit berücksichtigt hat. Reformbedarf besteht insbesondere in Bezug auf die Zuständigkeitsbegründung durch rügelose Einlassung nach Art. 5 EuUnt-VO. Diese hat in der deutschen Rechtspraxis bezogen auf von Unterhaltsverpflichteten eingeleitete Verfahren zur Änderung eines Unterhaltstitels eine relativ große Bedeutung erlangt. In die Regelung sollte eine gerichtliche Belehrungspflicht eingefügt werden, wie sie in den entsprechenden Bestimmungen der EuGüVO/EuPartVO vorgesehen ist. Zu denken wäre auch daran, die spezielle Regelung für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen aus Dänemark, das sich am HUP nicht beteiligt, aufzugeben.

Die **Brüssel IIb-VO** hat mit Wirkung zum 1.8.2022 die Brüssel IIa-VO abgelöst.

Das mit der Verordnung verfolgte Ziel, im Interesse der Personenfreizügigkeit innerhalb der Union rechtswirksame Scheidungen in einem Mitgliedstaat in den anderen Mitgliedstaaten nach einheitlichen unkomplizierten Regeln anzuerkennen, wäre verfehlt, wenn außergerichtliche einvernehmliche Scheidungen von Anwendungsbereich ausgeschlossen wären. Deshalb ist es zu begrüßen, dass sie nicht nur ausdrücklich Aufnahme in die Brüssel IIb-VO gefunden haben, sondern als Zivilsachen qualifiziert

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

werden und davon ausgehend für ihre Anerkennung verfahrensrechtliche Lösungen gefunden wurden. Erhebliche Änderungen sind in den Teilen der Verordnung vorgenommen worden, die die elterliche Verantwortung betreffen. Bezogen auf die internationale Zuständigkeit sind die Neuregelung der Gerichtsstandsvereinbarung und der Anerkennung der Zuständigkeit durch Träger der elterlichen Verantwortung während des Verfahrens sowie die erhebliche Verbesserung der Bestimmung zu einstweiligen Maßnahmen zu nennen. Starkes Gewicht wird auf die Sicherung des Rechts des Kindes auf Meinungsäußerung im Erkenntnisverfahren gelegt. Zu bedauern ist, dass bezogen auf die Grundzuständigkeit der Gerichte am gewöhnlichen Aufenthalt des Kindes der Grundsatz der perpetuatio fori doch beibehalten worden ist, insoweit nicht dem Grundsatz der räumlichen Nähe gefolgt und kein Gleichlauf zum KSÜ hergestellt wurde. Positiv hervorzuheben ist, dass – wie für das Unterhaltsrecht – kein EU-Kollisionsrecht neben dem KSÜ geschaffen wurde. Das gilt auch für Art. 15 KSÜ, der eine zentrale Norm im Übereinkommen ist und dessen Inhalt funktionsadäquat auch bezogen auf die Zuständigkeitsordnung der Brüssel IIb-VO ist. Leider fehlt eine Art. 15 EuUnthVO vergleichbare Bestimmung in der Brüssel IIb-VO. Immerhin heißt es in Erwgr. Nr. 92 Brüssel IIb-VO, dass das für Verfahren geltende Recht im Einklang mit den Bestimmungen des Kapitels III des KSÜ festgelegt werden sollte. Die Bezugnahme in Art. 15 Abs. 1 KSÜ auf die Bestimmungen des Kapitels II des KSÜ sei dabei als Bezugnahme auf die Zuständigkeitsordnung der Brüssel IIb-VO zu verstehen.

Was die Anerkennung und Vollstreckung betrifft, so ist die Unterscheidung zwischen privilegierten Entscheidungen, einstweiligen Maßnahmen und den übrigen Entscheidungen beibehalten worden. Letztere sind direkt vollstreckbar und bedürfen nicht mehr der Vollsteckbarerklärung im Vollstreckungsmitgliedstaat. Zulässig ist jedoch dort ein Antrag auf Versagung der Vollstreckung, der sich darauf stützt, dass Gründe für die Versagung der Anerkennung vorliegen. Vorgesehen ist als einheitlicher Vollstreckungsversagungsgrund der Eintritt wesentlicher Änderungen der Umstände nach Erlass der Entscheidung, in deren Folge die Vollstreckung eine schwerwiegende dauerhafte Gefahr eines körperlichen oder seelischen Schadens für das Kind mit sich bringen würde. Dieser Versagungsgrund besteht auch bezogen auf eine privilegierte Entscheidung. Nicht nachvollziehbar ist, dass einstweilige Maßnahmen, die hinsichtlich der Zuständigkeit auf den neuen Art. 15 Brüssel IIb-VO gestützt werden, nicht unter den Begriff Entscheidungen iSd Kapitels IV fallen. Daraus folgt, dass sie nach der Verordnung nicht anzuerkennen sind.

Kritisch ist das Ausmaß der Bestimmungen zu sehen. Es gibt 105 Artikel, 10 Anhänge, 98 Erwägungsgründe, diese teilweise im schlechten (Juristen-)Deutsch, die nicht nur, aber hauptsächlich die elterliche Verantwortung betreffen. Für einen auf diesem Gebiet nicht spezialisierten Juristen ist dies kaum zu durchschauen. Die teilweise kasuistische Regelung zeugt zugleich von wenig Vertrauen in die Rechtsprechungsorgane der Mitgliedstaaten.

Die Zuständigkeitsvorschriften der **Güterrechtsverordnungen** müssen erst den Praxistest bestehen. Insofern ist bei der Einschätzung Zurückhaltung geboten. Das Positivste ist wohl, dass die internationale Zuständigkeit für die meisten EU-Mitgliedstaaten einheitlich geregelt ist und ein forum shopping weitgehend ausgeschlossen ist. Auffällig ist die Kompliziertheit des Systems, von Klarheit kann keine Rede sein, Rechtsunsicherheit

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

ist vorprogrammiert. Jedenfalls überzeugt die Regelung zur Gerichtsstandsvereinbarung in der Ehegüterrechtsverordnung (EuGüVO) schon wegen der erforderlichen Beziehung zum vereinbarten Mitgliedstaat nicht. Entweder muss es der Mitgliedstaat sein, dessen Recht nach der Verordnung Güterstatut ist, oder die Ehe muss in diesem Staat geschlossen sein. Hier ist unter anderem nicht berücksichtigt worden, dass sich das Güterstatut für Altehen nicht nach der Verordnung richtet, es sei denn, es ist nach dem 28.1.2019 eine wirksame Rechtswahl nach der Verordnung getroffen worden. Die internationale Zuständigkeit aufgrund rügeloser Einlassung wird nach der EuGüVO nur dann begründet, wenn sie zu einem Gleichlauf von Forum und Recht führt. Dies ist genauso kritisch wie bei der Gerichtsstandsvereinbarung zu sehen.

Die Verordnung sieht für das Kollisionsrecht ein einheitliches Güterstatut vor. Es erfasst nicht nur die ehelichen Beziehungen, die güterrechtlichen Charakter im engeren Verständnis aufweisen, sondern alle Vermögensbeziehungen, die ihren Grund in der Ehe haben. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass diese einheitliche unwandelbare Sachnormverweisung bezogen auf die objektive Anknüpfung nicht selten zu einer Rechtsordnung führt wird, die mit den tatsächlichen Lebensumständen des Paares zum Zeitpunkt einer Entscheidung nichts mehr zu tun hat. Bei der Anknüpfung an den ersten gemeinsamen gewöhnlichen Aufenthalt kann selbst eine kulturelle Verbindung des Ehepaares zu der berufenen Rechtsordnung fehlen. Insoweit ist zu hinterfragen, ob die einheitliche Lösung in der Verordnung, die auf den Zeitpunkt der Eheschließung abstellt, gegenüber der differenzierenden Anknüpfung im autonomen deutschen IPR für vermögensrechtliche Ehebeziehungen mit einer wandelbaren Anknüpfung in Art. 14 EGBGB und einer unwandelbaren Anknüpfung in Art. 15 EGBGB aF die inhaltlich bessere Lösung darstellt.

Die strengen Vorschriften in Art. 25 EuGüVO zur Formgültigkeit einer Vereinbarung über den ehelichen Güterstand zielen auf den Schutz des schwächeren Partners in der Ehe. Das sachrechtliche Schriftformerfordernis wird kumuliert mit kollisionsrechtlichen Verweisungen. Eine solche Lösung mag für traditionelle Eheverträge angebracht sein, in denen vom gesetzlichen Güterstand abgewichen wird. Es berücksichtigt nicht die Vielfalt möglicher Vereinbarungen, die wegen des weiten Begriffs „ehelicher Güterstand" erfasst werden. In der Rechtspraxis liegen ehebedingten Zuwendungen, Kooperationsvereinbarungen oder Innengesellschaften, die den Kern des deutschen Nebengüterrechts ausmachen, oft bloße konkludente Vereinbarungen der Ehegatten zugrunde, die nicht diesem strengen Formerfordernis genügen. Bei der Endfassung der EuGüVO ist eine Differenzierung der Regelung zur Form vermögensrechtlicher Vereinbarung in Anpassung an den weiten Anwendungsbereich versäumt worden. In der Literatur sind Lösungen unterbreitet worden, um die Folgen der inhaltlich nicht tragfähigen Regelung abzuschwächen. Für Vereinbarungen dieser Art ist die traditionelle kollisionsrechtliche alternative Verweisung für die Formgültigkeit von Rechtsgeschäften eher passend als die Kumulation von Mindestsachregelung und kollisionsrechtlicher Verweisung.

Innerhalb der Europäischen Union fehlen bisher einheitliche Bestimmungen für die grenzüberschreitenden Rechtsfragen der Zuordnung von Kindern zu Eltern. Das führt dazu, dass die in Personenstandsurkunden verbriefte Elternschaft in anderen Mitgliedstaaten nicht automatisch anerkannt wird. Dies ist ein Faktor, der die Freizügigkeit von Eltern und Kind innerhalb von Europa hindern kann. Um diese Regelungslücke

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

zu schließen, hat die Europäische Kommission am 7.12.2022 einen **Vorschlag für eine „Verordnung** über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung von Entscheidungen und die Annahme öffentlicher Urkunden **in Elternschaftssachen** sowie zur Einführung eines europäischen Elternschaftszertifikats" unterbreitet (EuElternVOE). Dieser weist leider in allen Teilen erhebliche inhaltliche Mängel auf, eine Überarbeitung ist erforderlich, so dass nicht so bald mit der Verabschiedung der Verordnung zu rechnen ist.

Berlin, im Januar 2024 *Marianne Andrae*

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung 5

Abkürzungsverzeichnis 39

Teil I
Ehe und andere Partnerschaften

§ 1 Eheschließung und Begründung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft 49

A. Einführung 49
I. Rechtsquellen 49
1. EGBGB 49
2. Haager Eheschließungsabkommen 50
3. Deutsch-iranisches Niederlassungsabkommen 50
4. Münchener CIEC-Übereinkommen über die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen vom 5.9.1980 50
II. Qualifikation einer Verbindung als Ehe 51
III. Fallgruppen 52
B. Voraussetzungen für eine Eheschließung von Mann und Frau im Inland 52
I. Sachstatut 52
1. Anknüpfungspunkt: Staatsangehörigkeit 52
a) Bestimmung der Staatsangehörigkeit 53
b) Mehrstaater 53
aa) Mehrstaater mit deutscher Staatsangehörigkeit 54
bb) Mehrstaater ohne deutsche Staatsangehörigkeit 54
2. Ausnahmen von der Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit 55
a) Staatenlose 55
b) Flüchtlinge 56
aa) Problem 56
bb) Genfer Flüchtlingskonvention 56
cc) Deutsche Gesetze 57
dd) Zusammenfassung 58
3. Rück- und Weiterverweisung (renvoi) 58
4. Mehrrechtsstaat 60
5. Anwendungsbereich des Sachstatuts 61
a) Überblick 61
b) Ehemündigkeit 64
c) Ehehindernis der Doppelehe 64
aa) Eheschließungsstatut deutsches Recht 65

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

bb) Eheschließungsstatut ausländisches Recht 66
(1) Existenz der Vorehe 66
(2) Auflösung der Vorehe 68
(3) Prüfungsschritte 69
cc) Todeserklärung des Partners der Vorehe 70
d) Ehehindernis der eingetragenen Lebenspartnerschaft/gleichgeschlechtlichen Ehe 71
II. Ordre public 72
1. Problem 72
2. Inländische Eheverbote 73
3. Ausländische Ehehindernisse und das Grundrecht auf Eheschließungsfreiheit 75
a) „Spanierbeschluss“ des BVerfG 75
b) Art. 13 Abs. 2 EGBGB 77
c) Verhältnis zwischen Art. 13 Abs. 2 und Art. 6 EGBGB 79
4. Rechtsfolge der Anwendung des ordre public-Vorbehalts 80
III. Scheinehen 80
IV. Formstatut 82
1. Verweis auf das deutsche Recht 82
2. Anwendungsbereich 82
V. Befreiung von Ehehindernissen 83
VI. Ehefähigkeitszeugnis 84
C. Prüfung der Wirksamkeit geschlossener Ehen; fehlerhafte Ehen 86
I. Problem 86
II. Statusrechtliche gerichtliche Entscheidungen 87
1. Deutsche Entscheidungen 87
2. Ausländische Entscheidungen 88
III. Personenstandsregister und -urkunden 90
IV. Materiellrechtliche Prüfung der Wirksamkeit der Ehe 93
1. Unwandelbarkeit der Anknüpfung und intertemporale Fragen 93
a) Grundsatz 93
b) Art. 236 § 1 EGBGB 93
2. Materielle Wirksamkeit 94
a) Befreiung von Ehehindernissen 94
b) Mangel der Doppelehe 94
3. Eheschließung vor Vollendung des 18. Lebensjahres (Art. 13 Abs. 3 EGBGB) 98
a) Ausgangslage 98
b) Neuregelung 98
aa) Spezieller ordre public 98

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

bb) Eheschließung mit einer Person, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat ... 99
(1) Intertemporale Anwendung ... 99
(2) Inlandsbezug ... 100
(3) Inhalt der Regelung vor der Entscheidung des BVerfG v. 1.2.2023 ... 100
(4) Entscheidung des BVerfG v. 1.2.2023 ... 103
cc) Eheschließung mit einer Person, die das 16. Lebensjahr vollendet hat ... 105
(1) Intertemporale Anwendung ... 105
(2) Inlandsbezug ... 105
(3) Aufhebbare Ehe ... 106
4. Ordre public ... 108
a) Grunddsätze ... 108
b) Polygame Ehen ... 109
5. Formwirksamkeit der Eheschließung ... 111
a) Ort der Eheschließung ... 111
b) Eheschließung im Inland ... 113
c) Eheschließung im Ausland ... 114
aa) Art. 11 Abs. 1 EGBGB nF und aF ... 114
bb) Eheschließung vor dem deutschen Konsularbeamten ... 116
cc) Eheschließung vor der ermächtigten Person eines Drittstaates ... 116
d) Anwendungsbereich des Formstatuts ... 116
e) Handschuhehe ... 117
aa) Problem ... 117
bb) Lösung ... 118
f) Online-Eheschließung ... 121
6. Rechtsfolgen fehlerhafter Ehen ... 122
a) Reichweite des Ehebeseitigungsstatuts ... 122
b) Bestimmung des Ehebeseitigungsstatuts ... 123
7. Heilung hinkender Ehen ... 126
a) Verletztes Recht ... 126
b) Formmängel ... 126
c) Sachliche Ehehindernisse ... 130
D. Gleichgeschlechtliche Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften ... 131
I. Begründung ... 131
II. Abgrenzung zwischen den Art. 13 und 17b Abs. 4 EGBGB ... 134
III. Umwandlung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in eine Ehe ... 134
1. Gleichgeschlechtliches Paar ... 135

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

2. Partnerschaft von Mann und Frau 136
IV. Qualifikation gleichgeschlechtlicher Ehen, die vor dem 1.10.2017 geschlossen wurden 137

§ 2 Internationale Zuständigkeit in Statussachen, Annexzuständigkeit und ausländische Rechtshängigkeit 138

A. Internationale Zuständigkeit 138
I. Einführung 138
1. Begriff 138
2. Prüfung im Prozess 138
3. Quellen der rechtlichen Regelung für Familienrechtssachen 139
II. Internationale Zuständigkeit in Ehesachen 140
1. Brüssel IIb-VO 140
a) Anwendungsbereich 141
b) Zuständigkeiten 145
aa) Allgemeine Zuständigkeit 146
(1) Gewöhnlicher Aufenthalt 146
(2) Staatsangehörigkeit 150
bb) Besondere Zuständigkeiten 150
(1) Gegenantrag 150
(2) Folgezuständigkeit 151
cc) Restzuständigkeit nach autonomem IZVR 151
2. § 98 Abs. 1 FamFG 152
a) Bedeutung 152
b) Zuständigkeiten 153
aa) Staatsangehörigkeit 153
(1) Deutsche Staatsangehörige 153
(2) Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedstaats 153
bb) Gewöhnlicher Aufenthalt 154
3. Annexzuständigkeit 155
4. Forum non conveniens 156
III. Lebenspartnerschaftssachen 157
IV. Gewöhnlicher Aufenthalt 158
1. Auslegung 158
2. Begriff 159
3. Begründung 160
4. Kein doppelter gewöhnlicher Aufenthalt 162
B. Einwand der Anhängigkeit bzw. der Rechtshängigkeit 164
I. Funktion 164
II. Ehesachen (Brüssel IIb-VO) 164

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

III. Elterliche Verantwortung 167
1. Brüssel IIb-VO 167
2. KSÜ 168
IV. Unterhaltssachen – EuUnthVO und LugÜ 169
V. Güterrechtssachen – EuGüVO/EuPartVO 172
VI. Übrige Fälle 174
1. Vorbemerkung 174
2. Autonomes deutsches Internationales Verfahrensrecht 175
a) Voraussetzungen 176
b) Rechtsfolgen 180
3. Unionsrechtliche Dimension 180
4. Privatscheidungen 182
VII. Zusammenhängende Verfahren 183

§ 3 Scheidung 185

A. Inländische gerichtliche Ehescheidungen 185
I. Einführung in die Rom III-VO 185
1. Abgrenzung zum Deutsch-iranischen Niederlassungsabkommen 185
2. Hintergrund 185
3. Auslegung 187
II. Anwendungsbereich 187
III. Rechtswahl 188
1. Funktion 188
2. Welche Rechte können gewählt werden? 188
3. Zeitpunkt der Rechtswahl 190
4. Anforderungen an die Rechtswahl 190
5. Form der Rechtswahl 193
IV. Objektive Anknüpfung 194
1. Anknüpfungsleiter 194
2. Besondere Probleme 195
a) Gewöhnlicher Aufenthalt 195
b) Mehrfache Staatsangehörigkeiten 195
c) Umwandlung einer förmlichen Trennung in eine Scheidung 198
V. Allgemeine Fragen des IPR 198
1. Sachnormverweisung 198
2. Staaten mit zwei oder mehreren Rechtssystemen 198
a) Territoriale Rechtsspaltung 198
b) Personelle Rechtsspaltung 199
3. Vorfrage des Bestehens der Ehe 199
4. Hinkende Inlandsehe 200

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

5. Regelwidrige Anwendung der lex fori 201
6. Vorbehaltsklausel 203
VI. Anwendungsbereich des Scheidungsstatuts 204
1. Anknüpfungsgegenstand 204
2. Vollzug der Scheidung 204
3. Schuldausspruch 205
4. Aussöhnungsversuch 206
5. Einvernehmliche gerichtliche Scheidung 207
6. Religiöse Rechtsordnungen 207
VII. Nebenfolgen der Scheidung 208
B. Ausländische Entscheidungen in Ehesachen 209
I. Erfordernis der Anerkennung 209
II. Entscheidungen aus EU-Mitgliedstaaten außer Dänemark 209
1. Anwendungsbereich 209
2. Ipso-iure-Anerkennung 210
3. Grundsatz der Anerkennung 211
4. Fakultatives Feststellungsverfahren 212
a) Brüssel IIa-VO 212
b) Brüssel IIb-VO 212
c) IntFamRVG 212
III. Feststellungsverfahren nach § 107 FamFG (Drittstaaten) 213
1. Anerkennungsmonopol 213
a) Grundsatz 213
b) Ausnahme 214
c) Aussetzung des inländischen Hauptverfahrens 215
2. Verfahren 216
IV. Anerkennungsvoraussetzungen 217
1. Rechtsquellen 217
2. Anerkennungshindernisse im Einzelnen 218
a) Fehlende Rechtskraft 218
b) Fehlende internationale Zuständigkeit 218
c) Ordre public 220
d) Fehlendes rechtliches Gehör zu Verfahrensbeginn 222
e) Widersprechende Entscheidungen 225
f) Nichtbeachtung einer früheren inländischen Rechtshängigkeit 226
V. Nebenfolgeentscheidungen 226
1. Ausländische Nebenfolgeentscheidungen 226
a) EU-Mitgliedstaaten 226
b) Drittstaaten 227

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

2. Inländische Nebenfolgeentscheidungen 228
C. Privatscheidungen 228
I. Begriff der Privatscheidung 228
II. Privatscheidungen und die Rom III-VO 229
III. Unzulässigkeit von Privatscheidungen im Inland 231
1. Grundsatz 231
2. Inlands- oder Auslandsscheidung? 232
IV. Inlandsscheidung bei ausländischem Scheidungsstatut 234
1. Einverständliche Scheidung und Registereintragung 234
2. Talaq und einverständliche Scheidung nach den islamischen Rechtsordnungen 235
3. Get-Scheidung nach jüdischem Recht 237
V. Ausländische Privatscheidungen 240
1. EU-Mitgliedstaaten (Ausnahme Dänemark) 240
a) Brüssel IIb-VO 240
b) Brüssel IIa-VO 241
c) Folgerungen für die Anerkennung 243
2. Ausländische drittstaatliche Scheidungen 245
a) Privatscheidungen und § 107 FamFG 245
b) Voraussetzungen für die Anerkennung 247
aa) Scheidung im Ausland 247
bb) Ausländisches Scheidungsstatut 247
(1) Privatscheidungen vor dem 29.1.2013 248
(2) Privatscheidungen seit dem 29.1.2013 249
cc) Kein ordre public-Verstoß 250
c) Verfahrensrechtliche statt materiellrechtlicher Prüfung? 251
D. Auflösung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft 253
I. Auflösung in Deutschland 253
II. Anerkennung ausländischer Auflösungen der Lebenspartnerschaft 254

§ 4 Die aus Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft resultierenden Vermögensbeziehungen 256

A. Einführung in die EuGüVO/EuPartVO und Abgrenzung zu anderen Rechtsquellen 256
I. EuGüVO/EuPartVO 256
1. Regelungsumfang 256
2. Zeitlicher Anwendungsbereich 256
3. Auslegung 257
4. Der Begriff der Ehe und der eingetragenen Lebenspartnerschaft 257
5. Der sachliche Anwendungsbereich 260
a) Der Begriff Güterstand 260

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

b) Einzelne Rechtsfragen bzw. Institutionen 262
II. Abgrenzung zu anderen europäischen Rechtsinstrumenten 265
1. Unterhaltsverordnung 265
2. Brüssel Ia-VO, Rom I und II-VO 266
3. Erbrechtsverordnung 271
a) Abgrenzungskriterien 271
b) Einzelne Rechtsfragen 272
aa) Ansprüche gegen die Erben 272
bb) Erbteilserhöhung nach § 1371 Abs. 1 BGB 274
cc) Unentgeltlichen Zuwendungen des Vorverstorbenen 274
dd) Bezugsrechte aus Verträgen mit Dritten 276
ee) Erbvertrag 277
III. Nicht erfasste sachenrechtliche Rechtsfragen 278
IV. Konsequenzen für das autonome deutsche IZVR und IPR 280
V. Bilaterale Abkommen 281
1. Deutsch-iranisches Niederlassungsabkommen 281
2. Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen 282
B. Internationale Zuständigkeit nach der EuGüVO und der EuPartVO 282
I. Einführung 282
1. Räumlicher Anwendungsbereich 282
2. Begriff Mitgliedstaat und Gericht 283
3. Prüfung der Zuständigkeit 284
4. Statusrechtliche Vorfragen 284
5. Zuständigkeitssystem 285
II. Einzelne Zuständigkeiten 286
1. Gleichzeitige Anhängigkeit einer Erbrechtssache in einem Mitgliedstaat 286
a) EuGüVO 286
aa) Voraussetzungen 286
bb) Ausschließlicher Charakter 289
cc) Fehlende internationale Zuständigkeit in der Erbrechtssache 289
b) EuPartVO 290
c) Örtliche und sachliche Zuständigkeit 290
2. Gleichzeitige Anhängigkeit einer Statussache in einem Mitgliedstaat 291
a) Ehesache 291
aa) Zweck der Annexzuständigkeit 291
bb) Voraussetzungen 291
cc) Ausschließlicher Charakter 294

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

b) EuPartVO 295
c) Örtliche Zuständigkeit 296
3. Gerichtsstandsvereinbarung 296
a) Allgemeine Anforderungen 296
b) Beziehung zu einem Mitgliedstaat 296
c) Zustandekommen und Wirksamkeit 298
d) Wirkungen 299
e) EuPartVO 300
f) Örtliche Zuständigkeit 300
4. Zuständigkeit mangels Annexzuständigkeit und Gerichtsstandsvereinbarung 300
a) EuGüVO 300
b) EuPartVO und örtliche Zuständigkeit 302
5. Rügelose Einlassung 302
a) EuGüVO 302
b) EuPartVO 304
6. Subsidiäre Zuständigkeiten 305
a) Belegenheit von unbeweglichem Vermögen 305
b) Notzuständigkeit 305
7. Widerklage/Gegenantrag 306
8. Einstweilige Maßnahmen 306
9. Ablehnung der Zuständigkeit 307
10. Derogation der Zuständigkeit 307
C. Das Kollisionsrecht der EuGüVO 308
I. Zeitlicher Anwendungsbereich 308
II. Allgemeines 308
III. Rechtswahl 309
1. Zulässigkeit und wählbare Rechtsordnungen 309
2. Form der Rechtswahl 310
a) Funktionen der Formerfordernisse 310
b) Regelungsinhalt 311
c) Würdigung 314
3. Art der Rechtswahl 314
4. Einigung und materielle Wirksamkeit der Rechtswahl 315
5. Sprachdefizite eines Ehegatten 316
6. Wirkungen der Rechtswahl 317
IV. Objektive Anknüpfung 318
1. Anknüpfungsleiter 318
2. Erster gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt 318
3. Gemeinsame Staatsangehörigkeit 320

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

4. Engste Verbindung 321
5. Ausweichklausel 321
V. Anwendungsbereich des Güterstatuts und spezielle Anknüpfungen ... 323
1. Materiellrechtliche Vereinbarung über den ehelichen Güterstand 323
2. Eingriffsnormen 326
3. Dingliche Rechte 326
VI. Allgemeine Fragen des IPR 327
VII. Schutz Dritter im rechtsgeschäftlichen Verkehr 328
VIII. Deutsch-französischer Wahlgüterstand 331
1. Sachrechtliche Regelung 331
2. Verhältnis zum IPR 332
3. Rechtswahl 332
4. Begründung durch Vereinbarung im Ehevertrag 333
5. Güterstandswechsel und Statutenwechsel 333
D. Eheliche Vermögensbeziehungen, die dem autonomen deutschen IPR unterliegen 334
I. Einführung 334
II. Allgemeine Ehewirkungen (Art. 14 EGBGB) 335
1. Funktion von Art. 14 EGBGB 335
2. Wandelbarkeit der Anknüpfung 335
3. Rechtswahl 336
4. Objektive Anknüpfungen 337
a) Anknüpfungsleiter 337
b) Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt 337
c) Letzter gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt 337
d) Gemeinsames Heimatrecht 337
e) Engste Verbindung 338
5. Allgemeine Fragen des IPR 340
a) Sachnorm- oder Gesamtverweisung 340
b) Vorfragen 341
c) Mehrrechtsstaat 341
6. Anwendungsbereich 341
III. Wohnungszuweisung und Haushaltsgegenstände 343
IV. Gesetzliche gegenseitige Vertretungsbefugnis 345
1. Allgemein 345
2. Speziell in Angelegenheiten der Gesundheitssorge, Notvertretungsrecht 345
V. Güterrechtsstatut 347
1. Einteilung der Ehen, die dem deutschen IPR unterliegen 347

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

2. Güterrechtsstatut nach Art. 15 EGBGB idF von 1986 348
a) Prinzipien der Anknüpfung 348
b) Rechtswahl 348
aa) Zulässigkeit 349
bb) Form 349
cc) Sonstige Fragen 350
(1) Zeitpunkt und Wirkungen 350
(2) Zustandekommen, Wirksamkeit und Art der Rechtswahl 350
c) Objektive Anknüpfungen 351
3. Güterrechtsstatut nach Art. 220 Abs. 3, 236 § 3 EGBGB 353
a) Art. 220 Abs. 3 EGBGB 353
aa) Problem 353
bb) Eheschließung nach dem 31.3.1953 und vor dem 9.4.1983 353
(1) Anknüpfung an die gemeinsame Staatsangehörigkeit 354
(2) Subjektive Anknüpfung 354
(3) Subsidiäre Anknüpfung 356
(4) Statutenwechsel 356
b) Art. 236 § 3 EGBGB 357
4. Güterstand von Flüchtlingen, Vertriebenen und Spätaussiedlern ... 357
5. Staatensukzession 358
6. Allgemeine Fragen des IPR 360
a) Renvoi 360
aa) Abweichende Qualifikation 360
bb) Wandelbare Anknüpfung 361
cc) Änderung des ausländischen Kollisionsrechts 361
dd) Versteckte Rückverweisung 362
(1) Problem 362
(2) Lösungen 363
b) Statutenwechsel 364
7. Anwendungsbereich 365
8. Verhältnis des Güterstatuts zur lex rei sitae 367
a) Grundsatz 367
b) Vorrang des Einzelstatuts 368
VI. Ehescheidungsstatut 368
VII. Schutz Dritter im inländischen Rechtsverkehr 369
1. Schutz vor Beschränkungen nach ausländischem Güterrecht 370
2. Gutgläubiger Erwerb beweglicher Sachen 371

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

3. Drittschützende Normen des deutschen Familienrechts 371
4. Beschränkungen des ausländischen Ehewirkungsstatuts 372
E. Kollisionsrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaften und gleichgeschlechtlichen Ehen 373
I. Eingetragene Lebenspartnerschaften 373
1. EuPartVO 373
a) Allgemeines 373
b) Rechtswahl 373
c) Objektive Anknüpfung 375
2. Deutsches autonomes Kollisionsrecht 376
a) Nicht vermögensrechtliche Wirkungen 376
b) Vermögensrechtliche Wirkungen 376
II. Gleichgeschlechtliche Ehe 378
1. EuGüVO 378
2. Deutsches autonomes Kollisionsrecht 378
a) Nicht vermögensrechtliche Ehewirkungen 378
b) Vermögensrechtliche Ehewirkungen 378
F. Ausländischer Güterstand und Grundbuch 379
I. Eintragung in das Grundbuch 380
II. Notarielle Aufklärungspflichten 383
III. Widerspruch zwischen Grundbucheintragung und Güterrecht 384
IV. Verfügungsbeschränkungen nach ausländischem Eherecht 387
1. Bei gemeinschaftlichem Eigentum 387
2. Bezogen auf Wohneigentum 389
G. Qualifikation vermögensrechtlicher Ansprüche zwischen Ehepartnern 391
I. Qualifikationsproblem 392
II. Morgengabe 394
1. Funktion 394
2. EuGüVO 395
3. Deutsches IPR 396
4. Einordnung in das deutsche materielle Recht 399
5. Formbedürftigkeit nach deutschem Recht 405
6. Morgengabe im Zugewinnausgleich 406
III. Ehebedingte Zuwendungen und Schenkungen 407
1. EuGüVO 407
2. Deutsches IPR 408
IV. Ehegatteninnengesellschaft 410
1. EuGüVO 410
2. Deutsches IPR 411
V. Auskunftsansprüche 412

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

VI. Beschränkungen der Verfügungs- und Verpflichtungsmacht der Ehegatten 413
1. EuGüVO 413
2. Deutsches IPR 413
a) Geschäfte über Hausrat und Ehewohnung 414
b) Sonstige Verpflichtungsbeschränkungen 415
VII. Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber Dritten 415
1. Verbindlichkeiten 415
a) EuGüVO 416
b) Deutsches IPR 416
2. Forderungen 417
VIII. Abgrenzung von Erb- und Güterrechtsstatut 418
1. Einführung 418
2. Abgrenzungskriterien nach deutschem IPR 418
3. Abwicklung ausländischer Güterstände 419
4. Zusammentreffen von ausländischem Erbrecht und deutscher Zugewinngemeinschaft 420
a) Abhängigkeit von der erbrechtlichen Stellung 420
b) Erbrechtlicher Ausschluss des überlebenden Ehegatten 421
c) Ehegatte als testamentarischer Erbe oder Vermächtnisnehmer 421
d) Ehegatte als gesetzlich erbrechtlich Berechtigter 422
aa) Erbfälle nach dem 16.8.2015 422
bb) Erbfälle bis zum 16.8.2015 423
cc) Ausbildungsanspruch der Stiefkinder nach § 1371 Abs. 4 BGB 423
5. Zusammentreffen von deutschem Erbrecht und ausländischem Güterrecht 424
a) Ausländischer Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft oder anderer Gütergemeinschaften 424
b) Ausländischer Güterstand der Gütertrennung 424
c) Ausländischer Güterstand der Zugewinngemeinschaft 425
d) Erhöhung des gesetzlichen Erbteils nach 1371 Abs. 1 BGB? 425
6. Anpassung 427
7. Der Voraus 429
8. Unentgeltliche Zuwendungen 429
9. Bezugsrechte aus Verträgen zugunsten des überlebenden Ehegatten auf den Todesfall 430
10. Abgrenzung von Ehe- und Erbvertrag 430

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

H. Ausländische Entscheidungen, öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche 433
I. Ausländische Entscheidungen 433
1. Europäische Güterrechtsverordnungen 433
a) Anwendungsbereich 433
b) Regelungssystem 433
c) Anerkennung 434
d) Vollstreckbarerklärung 435
2. Staatsverträge 437
3. Autonomes deutsches IZVR 438
a) Anerkennung 438
b) Vollstreckbarerklärung 440
c) Statusrechtliche Vorfragen 441
II. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche 442
1. Europäische Güterrechtsverordnungen 442
a) Begriff öffentlicher Urkunden 442
b) Beweiskraft öffentlicher Urkunden 443
c) Einwände gegen die Authentizität öffentlicher Urkunden 444
d) Einwände gegen das beurkundete Rechtsgeschäft oder Rechtsverhältnis 445
e) Vollstreckbarkeit öffentlicher Urkunden und gerichtlicher Vergleiche 446
2. Öffentliche Urkunden und gerichtliche Vergleiche aus Drittstaaten 446

§ 5 Versorgungsausgleich 447

A. Verhältnis zu den europäischen Güterrechtsverordnungen 447

B. Internationale Zuständigkeit 449
I. Ehen 449
1. Verbundzuständigkeit 449
2. Isolierte Verfahren 450
II. Eingetragene Lebenspartnerschaften 451

C. Kollisionsrecht 451
I. Einführung 451
II. Primäre Anknüpfung 452
1. Ehen verschiedengeschlechtlicher Paare 452
a) Grundsatz 452
b) Scheidungsstatut 453
c) Kumulation mit dem Heimatrecht 453
d) Kenntnis des Versorgungsausgleichs 455

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

2. Eingetragene Lebenspartnerschaften, Ehen gleichgeschlechtlicher Paare ... 457
III. Sekundäre Verweisung auf deutsches Recht ... 457
1. Voraussetzungen ... 457
2. Billigkeitsklausel ... 458
IV. Durchführung des Versorgungsausgleichs nach deutschem Sachrecht 460
1. Vereinbarung über den Versorgungsausgleich ... 460
2. Ehezeit ... 461
3. Ausländische Anwartschaften ... 462
4. Ausländischer gewöhnlicher Aufenthalt des Berechtigten ... 464
5. Ausländische Scheidung ... 464

§ 6 Verlöbnis, nichteheliche Lebensgemeinschaft ... 466

A. Verlöbnis ... 466
I. Internationale Zuständigkeit ... 466
1. Brüssel Ia-VO/LugÜ ... 466
2. Autonomes IZVZ ... 467
3. Zu den einzelnen konkurrierenden Gerichtsständen ... 467
a) Gerichtsstand des Erfüllungsortes ... 467
b) Gerichtsstand der unerlaubten Handlung ... 469
c) Gerichtsstand des Vermögens ... 469
II. Kollisionsrecht ... 469
1. Verlobung ... 469
2. Ansprüche bei Auflösung des Verlöbnisses ... 470
a) Bisherige Lösungen ... 470
b) Stellungnahme ... 471
3. Rückforderungen nach Schenkungsrecht ... 472
4. Deliktsrechtliche Ansprüche ... 473

B. Vermögensbeziehungen der Partner einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft ... 474
I. Familienrechtliche Qualifikation ... 474
II. Kollisionsrecht ... 475
1. Vermögensstatut ... 477
2. Reichweite des Vermögensstatuts ... 479
3. Beziehungen zu Dritten ... 480
4. Die nichteheliche Lebensgemeinschaft als materiellrechtliche Vorfrage ... 481
III. Internationale Zuständigkeit ... 481
1. Brüssel Ia-VO und LugÜ ... 481
2. Außerhalb des räumlichen Anwendungsbereichs von Brüssel Ia-VO und LugÜ ... 483

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

Teil II
Eltern-Kind-Beziehungen

§ 7 Abstammung von Kindern 485

A. Einführung 485
I. Europäische Union 485
II. Rechtsquellen 486
III. Qualifikation 487
IV. Die Abstammung als Haupt- und Vorfrage 488

B. Internationale Zuständigkeit 488

C. Kollisionsrecht 489
I. Merkmale und Probleme 489
II. Abstammung 490
1. Abstammungsstatut 490
a) Gewöhnlicher Aufenthalt 490
aa) Zum Zeitpunkt der Geburt 490
bb) Zu einem anderen Zeitpunkt 493
cc) Wandelbarkeit der Anknüpfung 493
b) Heimatrecht des betreffenden Elternteils 496
c) Gesetzliches Ehewirkungsstatut 496
d) Günstigkeitsprinzip 498
e) Rangfolge 499
aa) Elternschaft nur einer Person zum Zeitpunkt der Geburt ... 499
bb) Potentielle Elternschaft mehrerer Personen zum Zeitpunkt der Geburt 500
(1) Gleichrangigkeit 501
(2) Vorrang des Rechts des gewöhnlichen Aufenthalts 503
2. Allgemeine Fragen des IPR 504
a) Renvoi 504
b) Teilrechtsordnungen 504
c) Vorfragen 504
d) Ordre public 507
3. Anwendungsbereich des Abstammungsstatuts 507
a) Überblick 507
b) Abstammungsrechtlich relevante Erklärungen 507
c) Mutterschaftsanerkennung 511
d) Ehelichkeit oder Nichtehelichkeit des Kindes 512
III. Anfechtung der Elternschaft 512
1. Abgrenzung 512
2. Anfechtungsstatut 513
3. Verhältnis der Anknüpfungen 513

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

4. Anwendungsbereich 516
5. Allgemeine Fragen des IPR 516
6. Scheidungsakzessorischer Statuswechsel 517
IV. Anerkennung der Vaterschaft aus aufenthaltsrechtlichen Motiven 519
D. Anerkennung ausländischer Entscheidungen 520
E. Leihmutterschaft und Co-Mutterschaft 522
I. Leihmutterschaft 522
1. Einführung 522
2. Rechtsprechung des EGMR 524
3. Konstellationen, aus denen sich die rechtliche Elternschaft der Wunscheltern ergeben könnte 525
a) Gerichtliche Entscheidung im Geburtsstaat 525
b) Elternschaft kraft Gesetzes 527
c) Anerkennung der Vaterschaft durch den Wunschvater 529
II. Co-Mutterschaft 532
F. Ausblick 534
I. Autonomes IPR 534
II. EuEltern-VOE 535
1. Zielstellung und Aussichten 535
2. Zu einzelnen Regelungsbereichen 536
a) Internationale Zuständigkeit 536
b) Kollisionsrecht 537
c) Anerkennung von Entscheidungen der Gerichte anderer Mitgliedstaaten 539
d) Öffentliche Urkunden aus anderen Mitgliedstaaten 539
e) Europäisches Elternschaftszertifikat 541
f) Adoptionen 541
g) Leihmutterschaft 541
h) Intertemporale Bestimmung 543
3. Zusammenfassung 544

§ 8 Adoption 545
A. Einführung 545
I. Wesentliche Neuerungen 545
II. Qualifikation 545
III. Internationale Adoptionen von Kindern 546
B. Quellen der rechtlichen Regelung 548
I. Haager Adoptionsübereinkommen 548
1. Zielstellung 548
2. Anwendungsbereich 549
a) Sachlicher Anwendungsbereich 549

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

b) Personeller Anwendungsbereich 549
c) Territorialer Anwendungsbereich 549
3. Regelungsinhalt (Überblick) 550
II. Brüssel IIb-VO und andere Staatsverträge 550
III. Autonomes deutsches Recht 551
C. Internationale Adoptionsvermittlung von Kindern 551
I. Adoptionsvermittlung nach dem HAdoptÜ 551
1. Antragstellung 552
2. Maßnahmen der Behörde des Aufnahmestaates 552
3. Maßnahmen der zuständigen Stellen des Herkunftsstaates 553
4. Matching 553
II. Adoptionsvermittlung im Verhältnis zu Nichtvertragsstaaten 555
D. Adoptionen im Inland 555
I. Zuständigkeit 555
II. Kollisionsrecht 556
1. Adoptionsstatut (Art. 22 Abs. 1 EGBGB) 556
2. Anwendungsbereich (Überblick) 557
3. Einwilligungen 557
4. Teil- und Vorfragen 559
5. Wirkungen der Adoption 561
III. Elterliche Verantwortung und Unterhalt vor und während des Adoptionsverfahrens 561
1. Elterliche Verantwortung 561
2. Unterhalt 562
IV. Aufhebung einer Adoption 562
V. Internationale Adoptionen 564
1. Bescheinigung nach Art. 23 HAdoptÜ 564
2. Unbegleitete Adoptionen 565
E. Ausländische Adoptionen 567
I. Keine Einheitlichkeit 567
II. Ausländische Inlandsadoption eines Kindes 568
1. Dekretadoption 568
a) Ipso iure-Anerkennung 568
b) Anerkennungsvoraussetzungen 569
aa) Anerkennungszuständigkeit 569
bb) Rechtliches Gehör im Zeitpunkt der Verfahrenseinleitung 569
cc) Ordre public 569
dd) Schwache Adoptionen 572
c) Wirkungen der Anerkennung 572

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

2. Vertragsadoption 573
3. Mischsystem 575
III. Internationale Adoption eines Kindes nach dem HAdoptÜ 575
1. Anerkennungsvoraussetzungen 575
2. Wirkungen der Anerkennung 576
IV. Internationale Adoption eines Kindes außerhalb des HAdoptÜ 577
1. Ausgangsposition 577
a) Herkunft des Kindes aus einem Vertragsstaat des HAdoptÜ 577
b) Herkunft des Kindes aus einem Nichtvertragsstaat 577
aa) Begleitete Adoption 577
bb) Unbegleitete Adoption 578
2. Seit dem 1.4.2021 eingeleitete Adoptionsverfahren 579
a) Erforderlichkeit eines Anerkennungsfeststellungsverfahren 579
b) Anerkennungsvoraussetzungen 579
c) Vorläufige Anerkennung für vollständig begleitete Adoptionen 580
3. Adoption, die vor dem 1.4.2021 eingeleitet wurde 581
a) Fakultatives Anerkennungsfeststellungsverfahren 581
b) Unzureichende Kindeswohlprüfung als Anerkennungsversagungsgrund? 581
c) Kindeswohlprüfung im Anerkennungsfeststellungsverfahren? 583
d) Stellungnahme 583
V. Anerkennungsfeststellungsverfahren nach dem AdWirkG 584
1. Überblick 584
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen 585
3. Verfahren 586
4. Entscheidung 587
5. Rechtsmittel und Wirksamwerden 589
6. Erga omnes-Wirkung 589
VI. Umwandlung einer Adoption nach dem AdWirkG 589
1. Problem 589
2. Art. 27 HAdoptÜ 590
3. Inländisches Umwandlungsverfahren 590
4. Wirkungen des Umwandlungsbeschlusses 593
VII. Erwachsenenadoption 593
1. Dekret- und Mischadoption 593
2. Vertragsadoption 595
3. Fakultatives Anerkennungsfeststellungsverfahren 596

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

F. Verhältnis des Adoptionswirkungsstatuts zu den anderen Statuten 596
I. Adoptionswirkungsstatut 596
II. Adoption als Vorfrage 596
III. Substitution 597
IV. Besondere Probleme 598
1. Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 598
2. Unterhalt, elterliche Verantwortung 600
a) Unterhalt 600
b) Elterliche Verantwortung 601
aa) Kind mit gewöhnlichem Aufenthalt in Deutschland 601
bb) Kind mit gewöhnlichem Aufenthalt im Ausland 602
3. Verhältnis zum Erbrecht 603
a) Erbrecht des Adoptivkindes 603
aa) Qualifikation 604
bb) Substitution 604
b) Erbrecht nach dem Adoptivkind 605
aa) Erbrecht der Adoptiveltern 605
bb) Erbrecht der leiblichen Eltern 605
(1) Zulässigkeit nach dem Erbstatut 605
(2) Zusammentreffen von Erb- und Adoptionsstatut 606
(3) Anpassung 606

§ 9 Elterliche Verantwortung 608

A. Rechtsquellen 608
I. Haager Minderjährigenschutzabkommen (MSA) 608
II. Europäisches Sorgerechtsübereinkommen (EuSorgeRÜ) 608
III. Haager Kindesentführungsübereinkommen (HKÜ) 609
IV. Haager Kinderschutzübereinkommen (KSÜ) 609
V. Brüssel IIb-VO 610
1. Brüssel IIb-VO und KSÜ 611
2. Anwendungsbereich 612
VI. Autonomes IZVR und IPR 613

B. Internationale Zuständigkeit 614
I. Abgrenzung der Rechtsquellen 614
1. Gewöhnlicher Aufenthalt in einem EU-Mitgliedstaat 614
2. Gewöhnlicher Aufenthalt in einem Vertragsstaat des KSÜ 615
3. Gewöhnlicher Aufenthalt in einem Drittstaat 615
4. Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts während des Verfahrens 617
II. Zuständigkeiten im Überblick 617

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

III. Einzelne Zuständigkeiten 619
1. Grundzuständigkeit 619
a) Der gewöhnliche Aufenthalt 619
aa) Begriff 619
(1) Körperliche Anwesenheit 620
(2) Gewöhnlicher Charakter des Aufenthalts 621
(3) Kein doppelter gewöhnlicher Aufenthalt 623
bb) Begründung eines gewöhnlichen Aufenthalts 624
(1) Vom Beginn des Aufenthaltswechsels 624
(2) Durch die tatsächlichen Umstände 625
b) Besonderheiten der einzelnen Rechtsquellen 628
aa) Brüssel IIb-VO 628
bb) KSÜ 629
cc) § 99 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 FamFG 630
c) Flüchtlingskinder 630
d) Nicht feststellbarer gewöhnlicher Aufenthalt 630
2. Die übrigen Zuständigkeiten 631
a) Annexzuständigkeit 631
aa) Unterschiede und Abgrenzung der Rechtsinstrumente 631
(1) Brüssel IIb-VO 631
(2) KSÜ und FamFG 631
bb) Anforderungen nach dem KSÜ 632
cc) Anforderungen nach dem FamFG 634
b) Gerichtsstandsvereinbarung und Anerkennung der Zuständigkeit durch die Beteiligten 634
aa) Überblick 635
bb) Bindung des Kindes zum betreffenden Mitgliedstaat 636
cc) Kindeswohlerfordernis 636
dd) Zuständigkeitsvereinbarung spätestens zum Zeitpunkt der Anrufung des Gerichts 637
(1) Internationale Zuständigkeit 637
(2) Vertragspartner 637
(3) Anforderungen an die Vereinbarung 638
(4) Wirkungen 639
ee) Anerkennung der Zuständigkeit während des Verfahrens ... 639
ff) Widerspruchsrecht 640
c) Zuständigkeit der Gerichte des Heimatstaats und Fürsorgezuständigkeit 641

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

d) Zuständigkeit für Schutzmaßnahmen, die für die Durchführung eines Hauptverfahrens erforderlich sind, das nicht die elterliche Verantwortung zum Gegenstand hat 641
aa) Brüssel IIb-VO 642
bb) KSÜ 643
cc) Autonomes IZVR 643
3. Übernahme der internationalen Zuständigkeit 643
a) Überblick 644
b) Ersuchen des zuständigen Gerichts um Übernahme 645
c) Ersuchen des unzuständigen Gerichts um Übernahme der Zuständigkeit 648
d) Autonomes IZVR 649
4. Eilzuständigkeit, vorläufige Maßnahmen 649
a) Hauptsachegericht 649
b) Besondere Zuständigkeit 649
aa) Brüssel IIb-VO 649
bb) KSÜ 651
cc) Autonomes IZVR 652
5. Mehrfache Anhängigkeit 652
a) Einstweiliger Rechtsschutz (Brüssel IIb-VO und KSÜ) 653
aa) Brüssel IIb-VO 653
bb) KSÜ 655
b) Rechtshängigkeit in Drittstaaten 655
C. Kollisionsrecht 655
I. KSÜ 655
1. Schutzmaßnahmen 656
a) Gleichlaufprinzip (Art. 15 Abs. 1 KSÜ) 656
b) Zuständigkeit nach der Brüssel IIb-VO 656
c) Ausweichklausel 658
d) Aufenthaltswechsel 659
2. Inhaberschaft der elterlichen Verantwortung 659
a) Kraft Gesetzes 659
b) Durch Vereinbarung oder einseitiges Rechtsgeschäft 660
c) Durch ausländische gerichtliche Entscheidung 661
3. Ausübung der elterlichen Verantwortung 661
a) Kraft Gesetzes 661
b) Kraft Vereinbarung 662
4. Verhältnis von Art. 16 und 17 KSÜ zu Art. 15 KSÜ 663
5. Allgemeine Fragen des IPR 663
a) Charakter der Verweisung 663

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

b) Vorfragen 664
c) Ordre public 664
II. Sonstige kollisionsrechtliche Regelungen 665
1. Deutsch-iranisches Niederlassungsabkommen 665
2. Autonomes deutsches IPR 665
III. Besondere Probleme 666
1. Gesetzliche Vertretung und Rechtsgeschäfte mit Dritten 666
2. Beistandschaft und Amtsvormundschaft des Jugendamts 669
3. Gerichtlich angeordnete Fürsorgeverhältnisse, insbesondere Vormundschaft 669
a) Brüssel IIb-VO und KSÜ 669
b) Unbegleitete Kinder 670
c) Autonomes IZVR/IPR 671
aa) Abgabe und Absehen von der Anordnung eines Fürsorgeverhältnisses 671
bb) Kollisionsrecht 671
d) Kafala 672
aa) Charakteristische Merkmale 672
bb) Begründung 673
cc) Ausübung der Kafala 674
dd) Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsrecht 674
ee) Kafala und Adoption 675
D. Ausländische Entscheidungen 676
I. Überblick 676
1. Brüssel IIa/IIb-VO 676
2. KSÜ 681
3. Weitere Staatsverträge 682
4. Autonomes IZVR 682
II. Anerkennung 683
1. Ipso iure-Anerkennung und Feststellungsverfahren 683
2. Anerkennungsvoraussetzungen 684
a) Internationale Zuständigkeit 685
aa) Brüssel IIb-VO 685
bb) KSÜ 685
cc) Autonomes IZVR 686
b) Ordre public 686
c) Rechtliches Gehör für den Verfahrensgegner und Träger der elterlichen Verantwortung 688
d) Rechtliches Gehör des Kindes 689

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

e) Entgegenstehende Entscheidungen und frühere Rechtshängigkeit 690
III. Vollstreckung 691
1. Brüssel IIb-VO 691
a) Einleitung des Vollstreckungsverfahrens 691
b) Prüfungsumfang seitens des Vollstreckungsorgans 692
c) Durchführung der Vollstreckung 693
d) Einwendungen gegen die Vollstreckung 694
aa) Aussetzung 694
bb) Versagung der Vollstreckung 695
(1) Gründe, die die Entscheidung als solche betreffen 695
(2) Anerkennungsversagungsgründe 696
(3) Nachträgliche dauerhafte schwerwiegende Gefahr 697
(4) Vollstreckungsversagungsgründe nach nationalem Recht 697
2. KSÜ 698
a) Vorgaben des Übereinkommens 698
b) Umsetzung im IntFamRVG 698
c) Änderungen bezogen auf die zu vollstreckende Entscheidung .. 700
3. Autonomes deutsches IZVR 700
IV. Besondere Probleme 700
1. Einstweilige Maßnahmen der Gerichte eines EU-Mitgliedstaates ... 700
a) Notwendige Unterscheidung 701
b) Prüfung der Zuständigkeit des Ursprungsgerichts 701
c) Anerkennung und Vollstreckung 702
2. Anordnung und Durchsetzung von Ordnungs- und Zwangsgeld ... 703
3. Abänderung ausländischer Entscheidungen 706
E. Internationale Kindesentführung 709
I. Rechtsquellen 709
1. HKÜ 709
2. Brüssel IIb-VO 710
3. KSÜ 711
4. EuSorgeRÜ 711
5. IntFamRVG 711
II. Rückführung von Kindern nach dem HKÜ unter Einbeziehung der Regelungen der Brüssel IIb-VO und des KSÜ 711
1. Geltungsbereich 711
a) Personeller Anwendungsbereich 712
b) Räumlicher Anwendungsbereich 712
c) Sachlicher Anwendungsbereich 713
aa) Verbringung/Zurückhaltung des Kindes 714

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

bb) Widerrechtlichkeit 714
(1) Gesetzliches Sorgerecht 715
(2) Sorgerechtsvereinbarung 715
(3) Sorgerecht aufgrund gerichtlicher oder behördlicher Entscheidung 716
(4) Ausübung des Sorgerechts 716
2. Zuständigkeiten und Verfahren 717
a) Verfahren bei Entführung ins Inland 717
b) Entführung aus Deutschland 719
3. Begründetheit des Antrags 719
a) Kindesentführung 719
b) Keine Ausschlussgründe 719
aa) Überblick 719
bb) Art. 13 Abs. 1 HKÜ 720
cc) Art. 13 Abs. 2 HKÜ 724
dd) Erweiterte Prüfung nach Ablauf eines Jahres (Art. 12 Abs. 2 HKÜ) 725
ee) Art. 20 HKÜ 726
ff) Vorliegen einer Sorgerechtsentscheidung (Art. 17 HKÜ) 726
4. Inhalt der positiven Rückführungsentscheidung 727
5. Rechtskraft und Vollzug der positiven Entscheidung 727
6. Änderung der Umstände vor Vollzug 728
7. Negative Entscheidung – Art. 29 Brüssel IIb-VO 729
III. Internationale Zuständigkeit bei Kindesentführung 730
1. Für die Rückführungsentscheidung 730
a) Verbringungsvertragsstaat 730
b) Herkunftsvertragsstaat 730
2. Sperrung der Zuständigkeit nach Art. 16 HKÜ 731
3. Zuständigkeit der Gerichte des Verbringungsstaates für Eilmaßnahmen 732
4. Übergang der Zuständigkeit für Entscheidungen zur elterlichen Verantwortung 733
a) Brüssel IIb-VO und KSÜ 733
b) HKÜ-Vertragsstaat, der nicht KSÜ-Vertragsstaat ist 735
IV. Kindesentführungen außerhalb des HKÜ 736
1. Entführung nach Deutschland 736
2. Entführung aus Deutschland 736

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

Teil III
Unterhalt

§ 10 Unterhalt 738

A. Einführung 738
I. Rechtsquellen 738
II. Auslegung von EuUnthVO, HUÜ 2007 und HUP 739
III. Begriff Unterhalt 740
IV. Erfasste Beziehungen 743
1. Überblick 743
2. Verwandtschaft und Schwägerschaft 744
3. Eheliche Beziehungen 745
4. Familienbeziehungen 747
a) EuUnthVO und HUP 747
b) HUÜ 2007 750
V. Rechtsgrund der Unterhaltspflicht 750
VI. Unterhaltsregress 751
1. Unterhaltsregress öffentlicher Einrichtungen 751
2. Unterhaltsregress Privater 753

B. Internationale Zuständigkeit 754
I. Abgrenzung EuUnthVO und LugÜ 754
II. Prüfung der Zuständigkeit 754
III. Statusrechtliche Vorfragen 755
IV. Allgemeine Zuständigkeiten (Art. 3 EuUnthVO) 756
1. Einführung 756
a) Wahlrecht 756
b) Abgrenzung zu § 232 FamFG 757
2. Aufenthaltszuständigkeiten 757
a) Gewöhnlicher Aufenthalt des Antragsgegners 758
b) Gewöhnlicher Aufenthalt des Unterhaltsberechtigten 758
3. Annexzuständigkeiten 760
a) Begriff Nebensache 760
b) Zeitliche Relation 761
c) Nebensache zum Statusverfahren 761
d) Nebenentscheidung zum Verfahren über die elterliche Verantwortung 765
4. Forum shopping 767
5. Inländische Zuständigkeitskonzentration 767
V. Gerichtsstandsvereinbarung (Art. 4 EuUnthVO) 769
VI. Rügelose Einlassung (Art. 5 EuUnthVO) 772
VII. Auffangzuständigkeit (Art. 6 EuUnthVO) 774

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

VIII. Notzuständigkeit (Art. 7 EuUnthVO) 776
IX. Änderung einer Unterhaltsentscheidung 776
X. Zuständigkeiten nach dem LugÜ 779
1. Gesetzliche Zuständigkeiten 779
2. Gerichtsstandsvereinbarung und rügelose Einlassung 780
XI. Einstweilige Maßnahmen 781
1. Zuständigkeit des Hauptsachegerichts 782
2. Zuständigkeit nach nationalem Recht 782
C. Kollisionsrecht 784
I. Abgrenzung der Rechtsquellen 784
II. Charakteristische Merkmale des HUP 787
III. Objektive Anknüpfung 789
1. Grundanknüpfung: gewöhnlicher Aufenthalt des Unterhaltsberechtigten 789
2. Unterhaltspflichten der Eltern gegenüber Kindern 792
a) Kaskadenanknüpfung 792
aa) Primäre Anwendung der lex fori 793
bb) Primäre Verweisung auf das Recht des gewöhnlichen Aufenthalts des Unterhaltsberechtigten 794
cc) Subsidiäre Verweisung auf das gemeinsame Heimatrecht ... 795
b) Günstigkeitsprinzip 795
3. Ehelicher und nachehelicher Unterhalt 798
a) Anwendungsbereich von Art. 5 HUP 799
b) Grundregel 800
c) Ausweichklausel der engeren Verbindung 800
d) Anwendung auf die Fallbeispiele 804
4. Unterhaltspflichten gegenüber einem Elternteil sowie Personen unter 21 Jahren 807
a) Günstigkeitsprinzip 807
b) Kumulativer Einwand 807
5. Übrige Unterhaltsbeziehungen 808
a) Anwendungsbereich 808
b) Anknüpfung 809
c) Rechtsvernichtende Einrede 809
IV. Rechtswahl 810
1. Einführung 810
2. Wahl des Rechts des Gerichts (Art. 7 HUP) 812
a) Bestimmtheitserfordernis 812
b) Keine konkludente Rechtswahl 813
c) Zeitpunkt der Rechtswahl, ihre Form und Wirksamkeit 813

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

3. Rechtswahl im Übrigen (Art. 8 HUP) 814
a) Merkmale 814
b) Ausgeschlossene Unterhaltsbeziehungen 814
c) Erforderlicher Bezug zur gewählten Rechtsordnung 814
d) Anforderungen an die Rechtswahl 815
e) Missbrauchskontrolle 817
f) Unterhaltsverzicht 818
V. Allgemeine Fragen des IPR 819
1. Sachnormverweisung 819
2. Ordre public 819
3. Vorfragen 822
VI. Anwendungsbereich des Unterhaltsstatuts 825
1. Überblick 825
2. Besondere Probleme 829
a) Höhe der Unterhaltsverpflichtung 829
b) Dynamisierung des Unterhalts 830
c) Selbstbehalt 831
d) Nachehelicher Unterhalt und Feststellung der Schuld an der Ehezerrüttung 832
e) Unterhaltspflichten gegenüber Dritten 833
f) Währung 834
g) Ausländisches Devisenrecht 834
h) Unterhaltsregress öffentliche Aufgaben wahrnehmender Einrichtungen (öAwE) 834
D. Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Unterhaltstiteln ... 837
I. Rechtsquellen – Überblick 837
II. EuUnthVO – Wegfall des Exequaturverfahrens 842
1. Charakteristische Merkmale 842
2. Anforderungen an den Unterhaltstitel 843
3. Ausfertigung der Entscheidung, Auszug aus dem Unterhaltstitel ... 845
4. Anerkennung im Zweitstaat 845
5. Vollstreckung im Zweitstaat 846
a) Grundsatz der Gleichstellung mit inländischen Entscheidungen 846
b) Bestimmbarkeit der Leistungspflicht 847
c) Rechtsnachfolge 847
d) Rechtsbehelfe 847
aa) Grundsatz 847

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

bb) Rechtsbehelfe im Ursprungsmitgliedstaat 848
(1) In Bezug auf die Ausstellung und den Inhalt des Formblatts 848
(2) Wegen Nichtgewährung des rechtlichen Gehörs 848
cc) Rechtsbehelfe im Vollstreckungsmitgliedstaat 848
(1) Einwand, der Titel sei nicht nach Kap. IV Abschn. 1 EuUnthVO vollstreckbar 848
(2) Einwand der Aufhebung des Titels oder seiner Vollstreckbarkeit im Erlassstaat 849
(3) Unvereinbarkeit mit einer anderen Entscheidung 850
(4) Einrede der Vollstreckungsverjährung 851
(5) Rechtsbehelfe nach dem Recht des Vollstreckungsmitgliedstaates 852
III. Die übrigen ausländischen Entscheidungen 852
1. Vollstreckbarerklärung 853
a) EuUnthVO und LugÜ 853
aa) Erfasste Unterhaltstitel 853
bb) Verhältnis zwischen Anerkennung und Vollstreckung 853
cc) Grundsatz der Vollstreckbarerklärung 854
dd) Verfahren der Vollstreckbarerklärung 854
ee) Rechtsbehelfe 858
ff) Vorläufig vollstreckbare Entscheidungen, Änderungen und Aufhebung von Entscheidungen 859
b) Haager Übereinkommen 859
aa) HUVÜ 1973 859
bb) HUÜ 2007 860
c) Autonomes deutsches IZVR 862
aa) Vollstreckbarerklärung 862
bb) Besonderheiten bei Entscheidungen aus Staaten mit verbürgter Gegenseitigkeit 864
cc) Einwendungen des Schuldners gegen die Forderung 864
d) Antrag auf Vollstreckbarerklärung oder Leistung 865
2. Anerkennung 866
a) Bedeutung 866
b) Anerkennungsvoraussetzungen 867
aa) Keine Rechtskraft erforderlich 867
bb) Internationale Zuständigkeit des ausländischen Gerichts ... 867
cc) Gewährung rechtlichen Gehörs 869
dd) Unvereinbare Entscheidungen 870
ee) Insbesondere Divergenzen bezogen auf das Statusverhältnis 870

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

https://www.nomos-shop.de/isbn/978-3-7560-0057-9

ff) Ordre public 871
gg) Gegenseitigkeit 874
IV. Abänderung ausländischer Unterhaltstitel 875
1. Bedürfnis nach Abänderbarkeit 875
2. Unterhaltstitel aus anderen EU-Mitgliedstaaten 875
3. Statthaftigkeit und Zulässigkeit 876
4. Begründetheit 877
5. Gerichtliche Vergleiche und öffentliche Urkunden 881
E. Rechtshilfe in Unterhaltssachen 882
I. EuUnthVO 882
1. Antragsverfahren 882
2. Kostentragung 884
3. Datenerhebung 885
4. Verfahrenskostenhilfe 886
II. HUÜ 2007 888
III. UN-UnterhaltsÜ 1956 888
IV. Rechtshilfe bei förmlicher Gegenseitigkeit 890
V. Inländische Ausführungsbestimmungen (AUG) 891
1. Deutsche Zentrale Behörde 891
2. Ausgehende Anträge 892

Literaturverzeichnis 895

Stichwortverzeichnis 927

© NOMOS Verlagsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.